

„Der Preis der Unfreiheit“

Referat von Alex über das Buch des Nobelpreisträgers Josef Stiglitz

am 27.2.2013 im AK Grundlagen

Inhalte des Referats

Grundaussage des Buches: extreme (wirtschaftlich bedingte) Ungleichheit bedroht das System Marktwirtschaft und schadet uns allen. Stiglitz bezieht sich dabei auf das oberste 1% (auf die Superreichen) in den USA, die in der Politik zu viel Einfluss haben und die Politiker dazu bringen, Gesetze zu erlassen, die die Interessen der Superreichen begünstigen – zulasten der Mittelschicht und der armen Bevölkerung.

Märkte gab es schon immer – die Politik entscheidet darüber, ob der Markt funktioniert oder nicht.

Stiglitz nennt die gegenwärtige US-Finanzkrise „große Rezession.“

Die Schere zwischen Arm und Reich ist (auch) in den USA größer geworden. Er spricht von „Erosion der Mittelschicht“. In den USA geht es den Menschen mit mittlerem und unterem Einkommen schlechter als früher. Es geht dabei nicht nur um die Höhe des Vermögens, sondern auch um die Zahl der Arbeitsplätze (Arbeitslosigkeit), um die Arbeitsplatzsicherheit und um die gesundheitliche Versorgung. Die Mittelschicht hat wirtschaftlich in den letzten 30 Jahren keinen Zuwachs mehr erlebt.

Das BIP ist ein ungeeigneter Maßstab, um den Wohlstand zu messen, weil die Ungleichheit des Wohlstands dabei unberücksichtigt bleibt.

Der Trickle-Down-Effekt, mit dem die Neoliberalen den Reichtum der Wenigen rechtfertigen, sei ein Mythos.

Auf 1% der Bevölkerung konzentriert sich 20% des BIP in den USA.

Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für die Ungleichheit der Verteilung beim materiellen Wohlstand (zwischen 1 und 10, wobei 1 bedeutet: alles gehört nur einem Menschen): Die USA liegen bei 0,5, Deutschland und Schweden bei 0,3. Das ist ein gravierender Unterschied!

Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt in Cuba höher als in den USA.

Die Arbeitslosigkeit in den USA betrage zur Zeit 8%, wenn man die Gefängnisinsassen dazuzähle, komme man auf 10%.

Was die Durchlässigkeit der Einkommensschichten betrifft, so haben in den USA im Vergleich zu Europa die wenigsten Menschen eine Chance, in eine höhere Schicht aufzusteigen. Je größer die Ungleichheit, desto geringer die soziale Durchlässigkeit.

Stiglitz wendet sich auch gegen den verbreiteten Mythos der Selbstregulation des Marktes. Richtig sei: es kommt auf die (von der Politik gesetzten) Rahmenbedingungen (den Ordnungsrahmen) an, ob und wie der Markt funktioniert. Der Markt muss reguliert werden, damit er funktionieren kann. Die Regelungen müssen für einen „gesunden Wettbewerb“ sorgen.

Die Demokratie werde ausgehöhlt, wenn sich ein wachsender Anteil der Bevölkerung nicht mehr repräsentiert fühlt. Eine zu große Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich lähme nicht nur die demokratische, sondern auch die wirtschaftliche Kraft eines Landes. Etwas Ungleichheit sei in Ordnung. Es komme darauf an, dass die Ungleichheit ein bestimmtes Maß nicht übersteige.

Während früher in den USA die Spreizung des Einkommens von einem Geschäftsführer und einem normalen Angestellten dem Verhältnis 30 : 1 entsprach, liegt das Verhältnis heute bei 200 : 1. Diese extreme Kluft sei nicht mehr mit einem Mehr an Leistung zu rechtfertigen, sondern sei Ergebnis von Vereinbarungen zwischen Geschäftsführer und Aufsichtsrat.

Die modernen Finanzprodukte sind von dem bekannten Finanzguru Buffet als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet worden.

Der Staat wird von den reichsten 1% missbraucht. Stiglitz spricht von einer „Konzernwohlfahrt“ (corporate welfare) durch entsprechend begünstigende Regeln des Staates. Es gibt eine Menge staatliche Transferleistungen an Unternehmen.

Die Aufgabe des Staates sei es, den von den Unternehmen erwirtschafteten Reichtum umzuverteilen (über Steuern). Schweden mit hohen Steuern ist mehr gewachsen als die USA.

Bei der Verteidigung des Gemeinwohls gegen die Partialinteressen der Unternehmen spiele der Wettbewerb eine wichtige Rolle. Die Unternehmen sind eher gegen den (für sie lästigen) Wettbewerb. Die Medien manipulieren im Interesse der Unternehmen. Sie wenden sich gegen staatliche Regelungen, die mehr und faire Wettbewerb durchsetzen wollen. Der Markt werde durch ungehinderten Wettbewerb geölt (funktionsfähiger gemacht).

Stiglitz plädiert für eine Beschränkung von Kapitalströmen zum Schutz bestimmter Länder, damit sich in diesem Schutz eine wettbewerbsfähige Wirtschaft entwickeln kann. Man müsse den Unterbietungswettbewerb nach unten stoppen. Dafür müssten z.B. Gewerkschaften gestärkt und Umweltschutzaufgaben durchgesetzt werden.

Zusammenfassung der Diskussion nach Stiglitz-Referat von Alex:

Josef Stiglitz zeigt die Fehlentwicklungen ungezügelter Märkte auf und schlägt eine ganze Palette von Lösungen vor, um die Märkte durch sinnvolle Regeln zu zähmen. Er liegt damit weitgehend auf unserer Attac-Linie.

Er bezieht sich auf die USA. Lassen sich seine Vorschläge auf Deutschland und Europa übertragen? Nur teilweise und je nach Land unterschiedlich, denn einige seiner Vorschläge sind in Ländern Europas bereits mehr oder weniger Realität (in England z.B. relativ wenig). Hintergrund: Staatsverständnis in der USA ganz anders als in Deutschland. In den USA wird der Staat vom mainstream viel misstrauischer betrachtet als bei uns, wird als „Klotz am Bein“ und Störfaktor eines dynamischen Marktes gesehen. Dieser soll möglichst frei (unreglementiert) sein. Dem Markt (den Unternehmern) traut man mehr zu als dem Staat (den Politikern).

Laut Stiglitz profitieren die Unternehmer in den USA von zahlreichen Vergünstigungen, die ihnen der Staat gewährt. Stiglitz fordert staatliche Regelungen, die mehr Wettbewerb ermöglichen, damit der Markt seine nützlichen Funktionen erfüllen kann – im Rahmen von Gesetzen, die soziale und ökologische Belange schützen und fördern.

Stiglitz prangert die Macht der Superreichen an (der „1%“). Diesen gelingt es mit Hilfe der von ihnen beherrschten Medien, die Bevölkerung glauben zu machen, es gäbe keinen Unterschied zwischen den Interessen der Reichen und Armen.

Kritik wurde geäußert an seiner unkritischen Haltung gegenüber der neoliberalen Globalisierung (Freihandel nach WTO). Er sieht kein Problem darin, dass bei offenen

(ungeschützten) Märkten hohe Sozialstandards, relativ hohe Unternehmenssteuern und relativ hohe Löhne einen Wettbewerbsnachteil bedeuten - mit der Folge, dass solche Standards bzw. Löhne unter Druck geraten und abgebaut werden, damit der Standort im globalen Standortwettbewerb bestehen kann und die Unternehmer nicht abwandern. Auch das Problem der durch den unregulierten Standortwettbewerb bedingten fortschreitenden De-Industrialisierung der Industrieländer wird von Stiglitz nicht gesehen.

Es entstand eine Diskussion über die Frage, worin die Macht der Unternehmer bzw. der Wirtschaftselite besteht. Gewinne (die verbleibenden monetären Erträge nach Abzug der Re-Investitionen, Steuern und Abgaben) können von Unternehmern und Großaktionären (kurz: den Kapitaleignern) in verschiedener Weise verwendet werden: 1. zur Anlage auf dem Finanzmarkt (Aktien, Spekulationen etc.), 2. für den Konsum (teure Klamotten, Autos, Schmuck) und 3. für gezielte politische Einflussnahme (kostenaufwändige Lobbyarbeit, Betreiben von „Denkfabriken“, Kauf und Beeinflussung von Medien). Während die ersten beiden Möglichkeiten keinen direkten politischen Einfluss erkennen lassen, liegt in den Möglichkeiten des 3. Punktes eine Gefahr für die Demokratie. Denn diese eher versteckten (gekonnt verschleierte) Einflüsse versetzt die politisch engagierten Reichen in die Lage, die politischen Entscheidungen überproportional beeinflussen zu können. Wo es ihnen gelingt, die Politiker nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen, kann man von einer Diktatur der Unternehmer sprechen.

Diskutiert wurde auch der Lobbyismus. Ist er als solcher abzulehnen oder nur bestimmte Ausprägungen davon? Lobbyismus ist das Bestreben z.B. von Wirtschaftsunternehmen und von Gruppen der Zivilgesellschaft, über persönliche Kontakte mit Politikern die eigene Sichtweise und die eigenen Interessen überzeugend darzustellen und dadurch Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen mit dem Ziel, dass im politischen Gerangel der eigene Standpunkt mehr Aufmerksamkeit und Gewicht erhält. Wir waren uns darin einig, dass das Problem des Lobbyismus in zwei Feldern besteht: in mangelnder Transparenz und in der Ungleichheit der Mittel. Die wirtschaftlich starken Interessen können wesentlich mehr Mittel einsetzen, um ihre Lobbyarbeit effizient zu gestalten, indem sie z.B. kostspielige Gutachter oder gar „Denkfabriken“ für sich arbeiten lassen. Es ist zu fordern, dass zivilgesellschaftliche Gruppen bei ihrer Lobbyarbeit mit Steuergeldern unterstützt werden, um die Ungleichheit der Mittel zumindest abzumildern. Außerdem muss für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein, welche Interessengruppe welche Maßnahmen der Einflussnahme getroffen hat. Nicht möglich ist es allerdings, den sehr wirksamen, jedoch indirekten Einfluss transparent zu machen, den die Vertreter von Wirtschaftsinteressen über Medien auf die öffentliche Meinung ausüben.

Zur Frage, was tiefere Ursachen von wirtschaftlicher Macht sind, wurde die These vertreten, dass das Geldsystem (Zinsen...) hierbei eine entscheidende Rolle spielt. Dieser Gedanke wurde nicht vertieft. Es wurde in Aussicht gestellt, dass darüber zu einem späteren Zeitpunkt ein Referat gehalten werden kann.

Zur Frage, warum die Mehrheit der Bevölkerung die herrschende, sozial ungerechte Ausprägung unserer Wirtschaftsordnung so kritiklos hinnimmt, wurde festgestellt, dass viele Menschen am liebsten selbst reich und mächtig wären, also die Vertreter der Wirtschaftselite nur beneiden, anstatt eine andere Vorstellungen von demokratischen und sozialen Werten und Verhaltensweisen zu vertreten. Es komme daher zunächst einmal darauf an, dass sich in der Bevölkerung ein anderes Denken, ein anderes Bewusstsein, neue Werte ausbreiten und die Oberhand gewinnen. Erst dann sei in einer Demokratie zu erwarten, dass die Politiker sozial gerechte und

ethisch anspruchsvolle Gesetze erlassen können, die dem Willen der Mehrheit entsprechen. Diesem Argument wurde entgegengehalten, dass wir Menschen immer sehr unvollkommen sein werden. Der Mensch lässt sich nicht so leicht umerziehen. Und eine „Erziehungsdiktatur“ würde der Idee von Demokratie widersprechen. Also bleibe nichts anderes übrig, als eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu gestalten, die mit unvollkommenen Menschen funktioniert (mit den Menschen, wie sie nun mal sind). Es könne und müsse in der Gesellschaft versucht werden, sich Idealen wie Freiheit, Gerechtigkeit und Rücksichtnahme anzunähern, auch wenn ein idealer Zustand nie erreicht werden könne. Es komme darauf an, empfundene Mängel, die es immer haufenweise geben wird, in mehr oder weniger kleinen Schritten so weit wie möglich zu minimieren. Nur ein solcher reformerischer Veränderungsprozess werde von der Mehrheit mitgetragen und sei daher demokratieverträglich – im Unterschied zum revolutionären Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Stichworte: (welche Themen angeschnitten wurden und wichtige Namen)

Josef Stiglitz, der Preis der Ungleichheit, Sozialstaat im Vergleich USA – Europa, die Rolle des Wettbewerbs, die Macht der Wirtschaftselite, Lobbyismus, Bewusstsein der Bevölkerung, Möglichkeiten der Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft

Protokollant: Jochen